

Mitteilung
der Landesregierung

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Schreiben des Staatsministeriums vom 20. Januar 2025, Az.: STM61-0123-6/3/4:

Anbei übermittle ich Ihnen den Bericht an den Landtag über aktuelle europapolitische Themen für das 4. Quartal 2024.

Hassler
Staatssekretär

Bericht an den Landtag von Baden-Württemberg
über aktuelle europapolitische Themen
4. Quartal 2024

| | |
|--|----|
| I. Europapolitische Schwerpunktthemen | 2 |
| Bundesrat..... | 2 |
| Internationale Bodensee-Konferenz (IBK) | 3 |
| II. Laufende europapolitische Themen | 4 |
| Europaministerkonferenz in Berlin | 4 |
| Europapolitische und internationale Gespräche..... | 5 |
| Dynamischer Europapool | 7 |
| Europaöffentlichkeitsarbeit | 9 |
| III. Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit | 11 |
| Makroregionale Strategien | 11 |
| Frankreich | 12 |
| Schweiz..... | 13 |
| Vier Motoren für Europa | 14 |
| Interreg Oberrhein | 15 |
| IV. Entwicklungspolitik | 16 |

I. Europapolitische Schwerpunktthemen

Im 4. Quartal 2024 bildeten der Beschluss des Bundesrats zum Bericht der Kommission über die Lage der Rechtsstaatlichkeit in der EU sowie die Übernahme des Vorsitzes von Baden-Württemberg in der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) die Schwerpunkte der europapolitischen Aktivitäten des Staatsministeriums.

Bundesrat

Am 18. Oktober 2024 fasste der Bundesrat einen Beschluss (BR-Drucksache 405/24) zum Bericht der Kommission über die Lage der Rechtsstaatlichkeit in der EU für das Jahr 2024, der überwiegend auf eine Initiative des Landes Baden-Württemberg zurückgeht. Der Bundesrat unterstreicht hierin die Notwendigkeit, die Rechtsstaatlichkeit als Grundpfeiler der Europäischen Rechtsgemeinschaft und als wesentlichen Baustein einer offenen Demokratie zu stärken und begrüßt die dahingehenden Pläne in den Leitlinien der neuen Kommission und der Strategischen Agenda des Rates für die aktuelle Amtszeit der EU-Institutionen von 2024 bis 2029.

Darüber hinaus regt er an, zukünftige Rechtsstaatlichkeitsberichte neben den erstmals aufgenommenen Beitrittskandidatenstaaten Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien auf weitere Beitrittskandidatenstaaten auszuweiten. Er betont den bedeutenden Beitrag, den sich für demokratische Werte einsetzende zivilgesellschaftliche Akteure für die Demokratie leisten und begrüßt Beteiligung lokaler zivilgesellschaftlicher Interessensvertreter bei der Erstellung der jährlichen Rechtsstaatlichkeitsberichte. Er würdigt ebenfalls, dass die Anzahl physischer Angriffe auf Medienschaffende um mehr als die Hälfte zurückgegangen ist und nimmt dabei die zunehmend feindselige Haltung gegenüber Journalistinnen, Journalisten sowie Medien mit großer Sorge zur Kenntnis.

Mit Blick auf das bereits in Kraft getretene Europäische Medienfreiheitsgesetz hebt er die aus dem Grundsatz der Vertragstreue folgende Vorwirkung hervor und weist darauf hin, dass diese auch vor Geltung des Rechtsaktes nicht durch nationale Maßnahmen unterminiert werden darf. Er begrüßt in diesem Zusammenhang, dass die Kommission den gemeinsamen medienpolitischen Rahmen der Länder anerkennt, der zusammen mit der föderalen Struktur zu einem höheren Schutz für Medienpluralismus und Medienfreiheit führt. Der Bundesrat geht ebenfalls auf Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit für das Funktionieren einer freien und sozialen marktwirtschaftlichen Ordnung ein und begrüßt ausdrücklich die Ankündigung der Kommission, den Bericht zukünftig auf die Binnenmarktdimension der Rechtsstaatlichkeit auszuweiten. Unter Verweis auf seine bisherigen Beschlüsse setzt sich der Bundesrat schließlich dafür ein, den Werkzeugkasten zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der EU kontinuierlich fortzuentwickeln. Er unterstützt überdies die Forderungen der Justiz-

ministerinnen und Justizminister über die Fortführung einer angemessenen finanziellen Beteiligung des Bundes an den Kosten der im diesjährigen Rechtsstaatlichkeitsbericht empfohlenen Maßnahmen.

Internationale Bodensee-Konferenz (IBK)

Baden-Württemberg hat seit 1. Januar 2025 den einjährigen Vorsitz in der IBK übernommen. Die IBK wurde vor 54 Jahren gegründet, vereint insgesamt zehn Mitglieder (Baden-Württemberg, Bayern, Schaffhausen, Thurgau, St. Gallen, Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden, Zürich, Vorarlberg, Fürstentum Liechtenstein) und gestaltet politisch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Regierungen der Länder und Kantone in der Bodenseeregion. Baden-Württemberg zählt zu den Gründungsmitgliedern der IBK. Mit 155 km Uferlänge ist Baden-Württemberg der größte Bodenseeanrainer und mit einem Anteil von 33% auch Hauptfinanzierer der IBK.

Bereits am 10. Dezember 2024 hat Staatssekretär Florian Hassler dem Ministerrat das umfangreiche Programm für das baden-württembergische Vorsitzjahr vorgestellt. In Vertretung von Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat Staatssekretär Hassler am 13. Dezember 2024 symbolisch das Steuerrad vom regierenden Landammann des Kantons Appenzell-Innerrhoden, Roland Inauen, übernommen.

Das Präsidenschaftsprogramm wurde in enger Abstimmung mit den Ressorts erstellt und findet unter dem Motto „Bodensee: sichtbar vernetzt“ statt.

Im Vorsitzjahr sollen insbesondere folgende Schwerpunktthemen behandelt werden:

- Umwelt und Natur (Invasive Arten wie Quaggamuschel, Kormoranmanagement),
- Mobilität (z.B. SPNV Verbindung Friedrichshafen - Schruns, Bodenseeradweg, Klimaneutrale Bodenseeschiffahrt),
- Wirtschaft: Digitalisierung/Künstliche Intelligenz (z.B. Digitalisierungsinitiative, KI in der Verwaltung, Innovationsstandort Bodensee bewerben) und
- Sicherheit und Krisenmanagement (z.B. Stabsrahmenübung).

Ein weiteres Thema, mit dem sich Baden-Württemberg in seinem Vorsitzjahr länder- und regionenübergreifend auseinandersetzen wird, ist der Wasserstoff. Dieser ist für die Entwicklung Europas hin zu einem klimaneutralen Kontinent und für die Transformation der Hochtechnologiestandorte am Bodensee von großer Bedeutung. Der Kanton St. Gallen und Baden-Württemberg werden hierzu im März 2025 einen Workshop ausrichten, den die Plattform H2BW federführend organisiert.

Die Schwerpunkte des IBK-Vorsitzes sollen darüber hinaus anhand einer Kommunikationsstrategie öffentlichkeitswirksam begleitet werden. Es ist vorgesehen, sowohl bestehende Projekte und Vorhaben weiterzuentwickeln, als auch deren Sichtbarkeit rund um den See zu erhöhen. Das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an der Arbeit

der IBK soll durch die verstärkte Präsenz in den einschlägigen sozialen Netzwerken, den Onlineplattformen der IBK oder den klassischen Medien wie den Tageszeitungen angeregt werden.

Zahlreiche Veranstaltungen wie die IBK-Kulturförderpreisverleihung, der Jugendkongress, der BODENSEE SUMMIT digital oder der Tag der Kommissionen bilden Höhepunkte im Vorsitzjahr. Auf Regierungsebene sind die politischen IBK-Partner u.a. zum Kaminesgespräch mit Ministerpräsident Kretschmann in Stuttgart, zum Brüsseler Sommerfest sowie zum Strategiegespräch in Kressbronn eingeladen.

Der Vorsitz wird am 5. Dezember 2025 bei der Regierungschefkonferenz in Meersburg von Ministerpräsident Kretschmann an den Kanton Zürich übergeben.

II. Laufende europapolitische Themen

Europaministerkonferenz in Berlin

Die 96. Europaministerkonferenz (EMK) fand am 20. November 2024 in Berlin statt. Die EMK fasste Beschlüsse zur Kohäsionspolitik, zur Bekämpfung von Desinformationen und Fake News sowie zur Europäischen Industriepolitik und Wettbewerbsfähigkeit. Darüber hinaus wurden die politischen Leitlinien der Europäischen Kommission von der Leyen II und aktuelle europapolitische Entwicklungen diskutiert. Am Vorabend tauschten sich die Mitglieder der EMK im Rahmen eines politischen Kamins zur deutsch-polnischen Zusammenarbeit aus.

Der Schwerpunkt der 96. EMK lag auf der Zukunft der EU-Kohäsionspolitik. Mit einem Beschluss zur Herbeiführung einer Gemeinsamen Bund-Länder-Stellungnahme zur Kohäsionspolitik betont die EMK die Bedeutung der Mitsprache der Länder bei der Verteilung von Strukturfördermitteln. In der Gemeinsamen Stellungnahme zur Zukunft der EU-Kohäsionspolitik nach 2027 positionieren sich Bund und Länder gegen eine stärkere Zentralisierung mit sog. nationalen Plänen. Die geteilte Mittelverwaltung, das Mehrebenensystem, der ortsbasierte Ansatz, das Partnerschaftsprinzip und die regionale Umsetzung der Europäischen Strukturfonds sollen demnach erhalten bleiben. Auf Initiative Baden-Württembergs wurde in der Gemeinsamen Stellungnahme die Forderung nach Fortführung des Programms Interreg zur Finanzierung der grenzüberschreitenden und transnationalen Zusammenarbeit aufgenommen.

Mit dem Beschluss zur Bekämpfung von Desinformation und Fake News möchten die Mitglieder der EMK einen stärkeren innereuropäischen Austausch über Desinformationskampagnen und ihre Urheber anstoßen. Die Verbreitung von Falschinformationen ist zunehmend Teil von hybriden Konflikten und bedroht die Demokratie. Die EMK-Mitglieder begrüßen, dass das Thema auch Teil der politischen Leitlinien der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, ist und blicken auf

den für das erste Quartal 2025 angekündigten Bericht der Kommission zu Desinformationsmaßnahmen im Zusammenhang mit den Wahlen zum Europäischen Parlament. Die Mitglieder der EMK unterstützen den geplanten AI-Act zu einem verantwortungsvollen Einsatz von KI. Sie heben auch die vielen auf Länderebene bereits existierenden Projekte zur Erkennung von Desinformation hervor.

Der Beschluss zur Europäischen Industriepolitik und Wettbewerbsfähigkeit unterstreicht die Notwendigkeit, die europäische Wirtschaft angesichts eines globalen Standortwettbewerbs zu stärken. An der Vorbereitung des Beschlusses war Baden-Württemberg als Mitglied der Berichterstattergruppe beteiligt. Die Mitglieder der EMK begrüßen den Bericht zur Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit des ehemaligen italienischen Premierministers und Präsidenten der Europäischen Zentralbank Mario Draghi. Sie fordern weiter, dass Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen mit wirtschaftlichem Wachstum im Einklang gebracht werden müssen und blicken interessiert auf den geplanten „Clean Industrial Deal“ der EU. Gleichzeitig muss die Transformation der europäischen Industrie sozialverträglich gestaltet werden. Das EU-Beihilferecht soll vereinfacht werden, um Wettbewerbsnachteile für deutsche Standorte zu vermeiden und Bürokratie zurückgebaut werden, wie von der KOM geplant. Die strategische Souveränität in sensiblen Bereichen wie der Energieversorgung, Rohstoffbeschaffung, Halbleitern, Batterien und Arzneimitteln soll gestärkt werden. Der Ausbau internationaler Handelsabkommen soll ebenfalls zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit beitragen. Insgesamt enthält der EMK-Beschluss daher viele Anliegen der Landesregierung.

Gäste der EMK waren u.a. Barbara Gessler (Leiterin der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland), Staatsministerin Dr. Anna Lührmann (AA) MdB, Staatssekretär Bernhard Kluttig (BMWK) sowie Thomas Wobben (Direktor im AdR) und Prof. Dr. Krzysztof Ruchniewicz (Beauftragter des polnischen Außenministeriums für deutsch-polnische zwischengesellschaftliche und grenzüberschreitende Zusammenarbeit).

Europapolitische und internationale Gespräche

Ministerpräsident Kretschmann führt Gespräche in Straßburg u.a. mit Präsidentin Ursula von der Leyen

Am 9. Oktober 2024 führte Ministerpräsident Winfried Kretschmann Gespräche in Straßburg. Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, empfing Herrn Ministerpräsidenten zu einem persönlichen Gespräch zu Beginn ihrer neuen Amtszeit. Im Rahmen des Gesprächs wurden in einer Tour d’Horizon aktuelle Fragen der Europapolitik angesprochen. Schwerpunkt war das Thema Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere die Zukunft der Automobilwirtschaft, die Medizinprodukteverordnung (MDR), die Weiterentwicklung der „Important Project of Common European Interest“ (IPCEI), Entwicklungen im Bereich KI, die EU-Förderung von Forschung

und Innovation sowie das Thema Bürokratieabbau. Beim Thema Automobilwirtschaft zeigte Präsidentin von der Leyen starkes Interesse am baden-württembergischen Strategiedialog Automobilwirtschaft.

Außerdem fand am 9. Oktober 2024 in Straßburg ein Gespräch mit der Vorsitzenden der Fraktion der Grünen/EFA, Terry Reintke MdEP, statt.

Besuch einer andalusischen Delegation am 10./11. Oktober 2024

Vom 10. bis 11. Oktober 2024 besuchte eine andalusische Delegation unter Leitung von Jorge Paradela, Minister für Industrie, Energie und Bergbau, Stuttgart. Ziel war es, die im vergangenen Jahr begründete Energie- und Klimapartnerschaft zwischen Baden-Württemberg und Andalusien weiter zu stärken. Die Delegation besuchte den Zulieferertag Automobilwirtschaft Baden-Württemberg, das Zentrum für Solarenergie- und Wasserstoffforschung Baden-Württemberg sowie die Innovationsplattform Arena2036. Darüber hinaus fanden ein Austausch mit Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut MdL sowie ein gemeinsames Abendessen auf Einladung von Ministerin Thekla Walker MdL statt.

Teil dieses Besuchs war die erste gemeinsame Kommissionssitzung Baden-Württemberg und Andalusien am 11. Oktober 2024 zur Umsetzung der gemeinsamen Absichtserklärung, die Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Präsident Juanma Moreno in Spanien unterzeichnet haben. Bei der Sitzung stand das Thema Wasserstoff im Vordergrund, insbesondere das Potential der Wasserstoffproduktion in Andalusien im Rahmen von Projekten im Bereich der erneuerbaren Energien, Möglichkeiten des Transports von Wasserstoff nach Baden-Württemberg, der Export von Wasserstofftechnologien sowie die Forschungskooperation. Im Anschluss an die Kommissionssitzung wird aktuell ein gemeinsamer Aktionsplan zur weiteren Zusammenarbeit abgestimmt.

Campus Künzelsau

Auf Einladung der Hochschule Heilbronn diskutierte Staatssekretär Florian Hassler am 25. Oktober 2024 beim Zukunftsforum am Campus Künzelsau mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern über Europas Wettbewerbsfähigkeit.

In seinem Vortrag ging Staatssekretär Hassler vor allem auf die Bedeutung Europas und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit für Baden-Württemberg ein. Nach der Vorstellung der politischen Schwerpunkte der neuen Kommission betonte er auch die Anliegen der Landesregierung von Baden-Württemberg für die Amtszeit der EU-Institutionen 2024-2029. Im Anschluss fand eine Diskussion mit Studierenden und Lehrenden statt.

News9 Global Summit „India & Germany: Roadmap for a New Engagement“ vom 21. bis 23. November 2024

Der News9 Global Summit, organisiert vom indischen TV9 Network und dem VfB Stuttgart, fand vom 21. bis 23. November 2024 in der MHP Arena in Stuttgart statt. Unter dem Titel „India & Germany: Roadmap for a New Engagement“ brachte die Konferenz führende Politiker, Wirtschaftsvertreter und Experten aus Indien und Deutschland zusammen, die von Ministerpräsident Winfried Kretschmann begrüßt wurden. In einer digitalen Key Note hob der Premierminister Indiens, S.E. Narendra Modi, die deutsch-indische Zusammenarbeit hervor. Ziel der Konferenz war es, den Dialog und die Kooperation in Schlüsselbereichen wie Elektromobilität und grüne Energie, Digitalisierung und KI, Fachkräftesicherung und Weiterbildung sowie Verteidigungsindustrie zu stärken.

Prominente Teilnehmer waren die indischen Bundesminister S.E. Ashwini Vaishnaw (Eisenbahn, Information & Broadcasting und IT) und S.E. Jyotiraditya Scindia (Kommunikation und Entwicklung der nordöstlichen Region) sowie Bundesminister Cem Özdemir MdB und der ehemalige Ministerpräsident Baden-Württembergs und Kommissar a.D., Günther Oettinger. Die Veranstaltung wurde von Staatssekretär Florian Hassler eröffnet, der die geopolitische Bedeutung Indiens und die herausragenden Beziehungen zu Baden-Württemberg hervorhob. Staatsminister Dr. Florian Stegmann nahm an einer Podiumsdiskussion über die Fachkräftegewinnung aus Indien teil und stellte dort die gemeinsamen Projektaktivitäten mit dem indischen Partnerbundesstaat Maharashtra vor.

Die Wahl Stuttgarts als Veranstaltungsort unterstrich die zentrale Rolle Baden-Württembergs in den deutsch-indischen Beziehungen. Mit über 200 Teilnehmern aus der Wirtschaft und rund 75 Rednern war die Veranstaltung eine bedeutende Plattform für den Dialog und stärkte Baden-Württembergs Position als Vorreiter und Brücke zwischen Deutschland und Indien.

Dynamischer Europapool

Jahrestreffen 2024

Am 24. Oktober 2024 fand im Haus der Wirtschaft in Stuttgart das Jahrestreffen des Dynamischen Europapools statt. Im Fokus des diesjährigen Treffens stand das Europäische Parlament. Dabei wurde hinter die Kulissen der Arbeit im Europäischen Parlament geschaut.

Nach der Begrüßung durch Holger Stegmaier, Abteilungsleiter VI im Staatsministerium, gab es für die Teilnehmenden einen inhaltlichen Impuls durch eine Folge der vielfach preisgekrönten TV-Serie „Parlament“.

Im Rahmen der darauffolgenden Podiumsdiskussion berichteten die Podiumsgäste von ihren Erfahrungen im Zusammenhang mit ihrer Arbeit im Europäischen Parlament und unterzogen der Serie einem „Reality Check“. Podiumsteilnehmende waren dabei Michael Bloss und Prof. Dr. René Repasi, beide Mitglieder des Europäischen Parlaments, Rainer Wieland, Vizepräsident des Europäischen Parlaments a.D. und Niomba Lomba, Leiterin der Servicestelle Donauraum im Staatsministerium und Mitarbeiterin der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments von 2018 bis 2022. Insgesamt nahmen rund 120 Poolmitglieder und Personalverantwortliche an der Veranstaltung teil.

Europa in der Mittagspause

Am 5. November 2024 hat ein weiterer Teil der digitalen Veranstaltungsreihe „Europa in der Mittagspause“ stattgefunden. Dabei berichteten zwei Pool-Mitglieder von ihren aktuellen Poolverwendungen beim Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz in Berlin. Es nahmen 28 Poolmitglieder an dieser Veranstaltung teil.

Seminar

Am 11. November 2024 fand das „EU-Basic-Seminar“ für Poolmitglieder statt. Ziel des Seminars war es, den 24 Teilnehmenden Grundlagenwissen zur EU (Die europapolitische Arbeit des Landes) zu vermitteln. Es bestand großes Interesse an diesem Seminar und die Rückmeldungen waren durchweg positiv.

Erlebnis Europa

Zur Stärkung der Europafähigkeit der Landesverwaltung wurde in den Jahren 2023 und 2024 das Qualifizierungsprogramm „Erlebnis Europa“ für die mittlere Führungsebene der Ressorts durchgeführt. Der zweite dreitägige Hospitationsbesuch mit 12 Teilnehmenden hat vom 20. bis 22. November 2024 stattgefunden. Er bot den Teilnehmenden die Gelegenheit, die verschiedenen europäischen Institutionen vor Ort und die komplexen europäischen Entscheidungsabläufe kennenzulernen. Zudem konnten sich die Kolleginnen und Kollegen untereinander austauschen und vernetzen. Das Interesse der Ressorts am Qualifizierungsprogramm war auch in diesem Jahr sehr hoch, so dass nicht alle Anmeldungen berücksichtigt werden konnten. Ein weiterer Durchlauf ist erst für 2026 vorgesehen.

Tipps und Tricks für Poolmitglieder

Am 3. Dezember 2024 hat die zweite Ausgabe der neuen Veranstaltungsreihe „Tipps und Tricks für Poolmitglieder“ zum Thema "Leben und Arbeiten in Brüssel – Chancen und Herausforderungen in der europäischen Hauptstadt“ stattgefunden. Dabei hat ein Poolmitglied aus erster Hand von seinen Erfahrungen berichtet und hilfreiche Einblicke zum Leben und Arbeiten in Brüssel geben. Es haben 22 Poolmitglieder an der Veranstaltung teilgenommen.

Neumitgliedertreffen

Am 5. Dezember 2024 fand das zweite Neumitgliedertreffen des Dynamischen Europapools in diesem Jahr in der Villa Reitzenstein in Stuttgart statt. Es nahmen 12 Neumitglieder am Treffen teil. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, miteinander ins Gespräch zu kommen und neue Kontakte zu knüpfen.

Treffen mit den Personalverantwortlichen

Der Austausch mit den Personalverantwortlichen der Ressorts hat am 7. Dezember 2024 in der Villa Reitzenstein in Stuttgart stattgefunden. Es waren 11 Ministerien vertreten. Eine entsprechende digitale Schalte hat mit den Personalverantwortlichen der Regierungspräsidien daraufhin am 12. Dezember 2024 stattgefunden. Die Treffen wurden von allen Teilnehmenden als positiv gesehen, so dass an jährlichen Gesprächen festgehalten werden soll.

Europaöffentlichkeitsarbeit

Besondere Kooperationen

Das Staatsministerium kooperierte mit dem Europa Zentrum Baden-Württemberg bei der Durchführung des Projekts „Brüsselreisen für kommunale Bedienstete“. Im Zeitraum vom 28. Oktober 2024 bis 7. November 2024 wurden dabei zwei dreitägige Brüsselfahrten mit jeweils 35 Teilnehmenden von Gemeinden, Kommunen und Landkreisen organisiert und umgesetzt.

Zudem kooperierte das Staatsministerium mit dem Europa Zentrum Baden-Württemberg bei der Durchführung mehrerer Projekte unter dem Stichwort „Europa nach der Parlamentswahl 2024“. Im Rahmen dieser Projekte wurden insgesamt sieben Fahrten nach Straßburg für Schülerinnen und Schüler ab der Klassenstufe 10 und deren schulische Multiplikatoren (Lehrkräfte) umgesetzt.

Vom 19. bis 20. Oktober 2024 fand in Stuttgart der 67. Bundeskongress der Europa-Union Deutschland (EUD) statt. Der Kongress widmete sich den Fragen zur Zukunft

Europas und der EU im Lichte der aktuellen Entwicklungen. Zielgruppe waren Delegierte der EUD sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger aus ganz Deutschland und der Region.

Netzwerktreffen 2024

Am 28. November 2024 fand das jährliche Netzwerktreffen für Mitglieder des Europa-Netzwerks in Baden-Württemberg im Literaturhaus in Stuttgart statt. Im Mittelpunkt des Treffens standen zentrale Aspekte der politischen Kommunikation und Bildung sowie der Umgang mit Europaskeptizismus und Europakritik. Staatssekretär Florian Hassler begrüßte zunächst die rund 80 Teilnehmenden mit einem kurzen Impuls.

Dr. Lana Mayer, Leiterin des Europe Direct Stuttgart, führte im Anschluss durch das Programm. Sie begrüßte zunächst Dr. Lisa Damaschke-Deitrick, Dozentin an der Universität Tübingen, mit einem Impulsvortrag zum Thema „Zugänge und Vielfalt in der Politischen Kommunikation und Bildung“ auf der Bühne. Im anschließenden Podiumsgespräch tauschten sich Staatssekretär Florian Hassler, Dr. Udo Bux, Leiter des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments in München, Wolfgang Bücherl, Leiter der Regionalvertretung der Europäischen Kommission in München und Dr. Lisa Damaschke-Deitrick über ihre Erfahrungen im Umgang mit Europaskepsis in der Bevölkerung und darüber aus, wie man dieser im Rahmen der Europaöffentlichkeitsarbeit entgegenwirken kann.

Den Abschluss des offiziellen Programms bildete ein interaktiver Austausch, in dessen Rahmen in drei verschiedenen Gruppen darüber diskutiert wurde, wie die Europa-Akteure auf neutral-desinteressierte, leicht europaskeptische oder fundiert europakritische Personen zugehen können. Die in den Gruppen gesammelten Ergebnisse wurden im Anschluss allen Teilnehmenden präsentiert.

Verleih des Europa-Puzzles und Quizrads

Das Europa-Puzzle sowie das Quizrad des Staatsministeriums werden auch weiterhin an Schulen sowie Europaakteure in Baden-Württemberg verliehen. Zu diesem Zweck wurden die Nutzungsvereinbarungen und der Websiteauftritt des Staatsministeriums überarbeitet und die Möglichkeit des Verleihs erneut über die Verteiler des Gemeinde-, Städte- sowie Landkreistags beworben. Insgesamt konnten bislang schätzungsweise über 2.900 Schülerinnen und Schüler aus 100 verschiedenen Klassen im Alter zwischen sechs und 17 Jahren auf spielerische Weise das Konzept der EU „begreifen“.

III. Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit

Makroregionale Strategien

EU-Strategie für den Donaauraum (EUSDR)

Am 28./29. November 2024 fand das halbjährliche Treffen der Steuerungsgruppe des Prioritätsbereichs (PA) 10: „Institutionelle Kapazität und Kooperation“ statt, dieses Mal auf Einladung des Staatsministeriums in Stuttgart. Es nahmen 18 Vertreterinnen und Vertreter aus neun EUSDR-Ländern teil. Sie diskutierten u.a. über „Smart Communities“-Initiativen im Donaauraum und Finanzierungsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Akteure. Die Baden-Württemberg-Stiftung war eingeladen, ihr Programm „Perspektive Donau“ vorzustellen. Bei einer Online-Sitzung zur Digitalisierung des öffentlichen Sektors am 9. Oktober 2024 präsentierte das InnoLab_bw die Textassistenz F13 als Beispiel für den Einsatz von KI in der öffentlichen Verwaltung.

Unter baden-württembergischer Beteiligung tagten am 10./11. Dezember 2024 die Nationalen Koordinatorinnen und Koordinatoren (NC) und die Koordinatorinnen und Koordinatoren der zwölf Prioritätsbereiche (PAC) in Wien. Die letzte Sitzung unter österreichischem Vorsitz bot Gelegenheit, die Aktivitäten und Erfolge im Jahr 2024 zu reflektieren und Perspektiven für die Zusammenarbeit post-2027 zu diskutieren. Die Teilnehmenden loteten zudem Kooperationspotenziale mit der Internationalen Kommission zum Schutz der Donau (IKSD) aus. Abschließend stellte die Delegation aus Bosnien und Herzegowina das Programm für ihre Präsidentschaft vor. Diese startete am 1. Januar 2025 unter dem Motto „Flowing together, growing together“. Katastrophenschutz und -vorsorge, Energiekonnektivität und die Talentabwanderung im Donaauraum stehen dabei im Fokus.

Im Berichtszeitraum tauschte sich die Servicestelle Donaauraum im Staatsministerium mehrfach mit dem Netzwerk Zivilgesellschaft EUSDR aus. Außerdem beteiligte sie sich mit einem interaktiven Workshop zur EUSDR an einer Tagung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport. Diese brachte rund 25 Schülerinnen und Schüler aus dem Donaauraum zusammen. Mit Mitteln aus dem Donauprojektfonds bewilligte das Staatsministerium drei neue Projekte mit einem Fördervolumen von 199.000 Euro. Die Projekte unterstützen die pflegerische Versorgung in der Republik Moldau und Deutschland, die Organisationsentwicklung ukrainischer Organisationen im Bereich der Katastrophenhilfe sowie die Förderung von Medienkompetenz im Donaauraum.

Im Interreg-B Donaauraumprogramm wurden 30 Projekte des 2. Calls genehmigt. Aus Baden-Württemberg sind u.a. die Universität Stuttgart, Steinbeis 2i GmbH sowie das Institut für virtuelles und reales Lernen in der Erwachsenenbildung (ILEU) beteiligt.

EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP)

Am 14. November 2024 fand die 9. Generalversammlung der EUSALP statt. Sie gipfelte in der Verabschiedung einer politischen Erklärung, der „Brdo Declaration“. Seitens der Landesregierung nahm Staatssekretär Dr. Andre Baumann MdL an der Generalversammlung in Vertretung für Staatssekretär Florian Hassler teil. Er unterstrich in seiner Rede u.a. die Bedeutung eines integrativen Wassermanagements im Alpenraum für die Bewältigung des Klimawandels und lobte das Engagement des EUSALP-Jugendrates. Zudem tauschte er sich am Rande mit Fabrice Pannekoucke, Präsident der Région Auvergne-Rhône-Alpes, aus. Am parallel stattfindenden Jahresforum nahmen Vertreterinnen und Vertreter des Staatsministeriums, des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst und des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus sowie die zwei baden-württembergischen Jugendräte teil. Das Forum markierte den Abschluss der slowenischen Präsidentschaft. Unter dem Motto „Circular and Smart Alpine Region“ stand die Kreislaufwirtschaft und die Vision der Jugend für den Alpenraum im Mittelpunkt. Höhepunkte waren neben einem hochrangigen Panel mit politischer Präsenz aller sieben EUSALP-Länder die Preisverleihungen für die Wettbewerbe „Green Infrastructure goes Business Award“, „Energy Award“ und „Pitch Your Project“, bei der auch baden-württembergische Gewinner prämiert wurden. Im Jahr 2025 übernimmt Österreich gemeinsam mit dem Fürstentum Liechtenstein den EUSALP-Vorsitz.

FrankreichAusschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (AGZ)

Der deutsch-französische Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (AGZ) tagte am 21. Oktober 2024 unter der Leitung der beiden Beauftragte für dt.-frz. Zusammenarbeit, Staatsministerin Dr. Anna Lührmann MdB und Beigeordneter Minister Benjamin Haddad, in Saarbrücken. Thematisch bildete das Thema Wirtschaft und Energie einen Schwerpunkt. Außerdem gab es eine Aussprache zu den Grenzkontrollen.

Die Landesregierung sprach sich als Berichterstatter erneut für Erleichterungen bei der Entsendung nach Frankreich und ein Kurshalten bei der Realisierung der Schienenverbindung Freiburg-Colmar aus. Außerdem warb die Landesregierung dafür, die Oberrhein-Region beim Aufbau eines grenzüberschreitenden Wasserstoffnetzes infrastrukturell einzubeziehen und auf deutscher Seite perspektivisch eine Nord-Süd-Anbindung an die europäischen Versorgungswege Spanien-Frankreich und Italien-Schweiz herzustellen.

Konkrete Beschlüsse fasst der AGZ u.a. zu seiner Arbeitsweise, der Weiterentwicklung von ARTE zu einer europäischen Kultur- und Medienplattform sowie zum Aufbau

eines „Grenzraumchecks“. Zu letzterem stellte die entsprechende AGZ-AG ihr Konzept für eine ex-ante Folgenabschätzung für den Grenzraum bei nationalen Gesetzgebungsverfahren vor, das im Laufe des Jahres 2024 erarbeitet wurde. Ziel ist es, ggf. frühzeitig rechtssichere Ausnahmetatbestände oder Öffnungsklauseln verankern zu können. Das Verfahren soll nun in einer 18-monatigen Testphase ab Frühjahr 2025 erprobt werden.

Im Arbeitsprogramm 2025 übernimmt die Landesregierung zwei neue Berichterstattungen: Erstens zur Verbesserung des Austauschs von Mobilitätsdaten durch ein festes Haltestellenverzeichnis in Frankreich und zweitens zur Umsetzung des Abkommens von Lauterbourg über die grenzüberschreitende Berufsausbildung.

Regierungskommission Oberrhein

Die 33. Sitzung der trinationalen Regierungskommission Oberrhein fand am 12. Dezember 2024 in Karlsruhe unter deutschem Vorsitz statt, der durch das Auswärtige Amt wahrgenommen wurde. Auf der Tagesordnung standen u.a. Themen wie Klimawandel und Energieresilienz, Arbeitsmarkt, Verkehr, Gesundheit sowie die EU-Schweiz-Beziehungen. Das Land wurde durch das Staatsministerium vertreten.

Schweiz

Konsultation zur Fortschreibung der Schweiz-Strategie

Für Baden-Württemberg ist die Zusammenarbeit mit der Schweiz ein europapolitischer Schwerpunkt. Die Landesregierung schreibt deshalb ihre Schweiz-Strategie aus dem Jahr 2017 fort, die ein politischer Rahmen für die nachbarschaftliche Zusammenarbeit ist. Dabei wurden eine Vielzahl von Akteuren, insbesondere aus Politik und Kommunen, der Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft, beteiligt. Eine Vielzahl von Hinweisen und Anregungen konnte hier aufgenommen werden. In einem Konsultationsverfahren wurden zudem im November 2024 die Schweizer Grenzkanthone, die Außenministerien beider Länder sowie die baden-württembergische Grenzlandkreise eingebunden. Alle Beteiligten würdigen die Konsultation und die Möglichkeit sich einzubringen. Eine Befassung im Ministerrat und die Veröffentlichung sind 2025 vorgesehen.

Gespräch mit Markus Dieth

Staatssekretär Florian Hassler führte am 11. November 2024 ein Gespräch mit dem Präsidenten der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) und Regierungsrat im Kanton Aargau Markus Dieth. Thema des Gesprächs waren die EU-Schweiz Beziehungen,

die baden-württembergische Schweiz-Strategie sowie die kommende baden-württembergische Präsidentschaft der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK).

Ein Schwerpunkt des Gesprächs waren die Verhandlungen zum EU-Schweiz Abkommen. Baden-Württemberg wurde dabei für die stetige Unterstützung gedankt. Staatssekretär Hassler betonte hierbei auch die weitere Unterstützung, auch in Bezug auf den zweijährigen Ratifizierungsprozess, der nach Abschluss der Verhandlungen in der Schweiz beginnt. Im Rahmen des Vorsitzes von Baden-Württemberg in der IBK und des Vorsitzes der Europaministerkonferenz ab 1. Juli 2025 sollen gemeinsame Formate mit der KdK stattfinden.

Antrittsbesuch des Regierungspräsidenten des Kantons Basel-Stadt Dr. Conradin Cramer

Ministerpräsident Winfried Kretschmann empfing am 3. Dezember 2024 den Regierungspräsidenten des Kantons Basel-Stadt, Dr. Conradin Cramer, zu einem Antrittsbesuch. Am Gespräch nahmen auch Umweltministerin Thekla Walker MdL, Staatssekretär Florian Hassler und Berthold Frieß, Ministerialdirektor des Verkehrsministeriums, teil. Grenzübergreifende Themenfelder u.a. im Bereich Umwelt und Verkehr waren Teil des Gesprächs. Ministerpräsident Winfried Kretschmann ging insbesondere auf die Verhandlungen zwischen der EU und der Schweiz ein und hob die Fortschreibung der Schweiz-Strategie des Landes Baden-Württemberg und die Präsidentschaft in der Internationalen Bodensee-Konferenz hervor. Wichtiges Ziel der Fortschreibung der Schweiz-Strategie ist es, die Zusammenarbeit in Hochtechnologiefeldern wie KI oder Gesundheitswirtschaft auszubauen, nachhaltige, grenzüberschreitende Verkehrsverbindungen zu fördern und den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft zu stärken. Die Sichtbarkeit der Grenzräume in Berlin, Bern und Brüssel soll zudem verbessert und mit Experimentierklauseln und -räumen mehr Spielraum für flexible Lösungen im Grenzraum gefunden werden. Ministerpräsident Kretschmann und Regierungspräsident Dr. Cramer betonten, das Dreiländereck um Basel mit einem gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraum sei ein Modell für das gelebte Europa.

Vier Motoren für Europa

Staatssekretär Hassler nimmt am Wirtschaftsgipfel 2024 teil und führt Gespräche zur Automobilwirtschaft am Rande der Veranstaltung

Am 4./5. Dezember 2024 fand der Wirtschaftsgipfel, zu dem Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut MdL in Brüssel eingeladen hatte, statt. Im Rahmen des Wirtschaftsgipfels kommen einmal im Jahr hochrangige Vertreterinnen und Vertreter aus der Wirtschaft Baden-Württembergs mit Entscheidungsträgerinnen und Entschei-

Trägern aus den EU-Institutionen in der Vertretung des Landes in Brüssel zusammen, um über aktuelle Herausforderungen für Wirtschaft und Unternehmen zu diskutieren. Staatssekretär Hassler nahm an verschiedenen Formaten des Wirtschaftsgipfels am 4./5. Dezember teil. Am Abend des 4. Dezembers eröffnete Staatssekretär Hassler die Veranstaltung „Neuer Kurs für Europa im globalen Spannungsfeld: Prioritäten für die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit“ mit einer Begrüßungsansprache. Dabei adressierte Staatssekretär Hassler das Thema Welthandel, insbesondere mit Blick auf die USA und China sowie das Thema Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft und insbesondere Bürokratielasten für Unternehmen innerhalb der EU. Staatssekretär Hassler unterstrich dabei, dass Baden-Württemberg aktiv dazu beitragen will, gemeinsam die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken, die EU beim Thema Innovationen noch besser zu machen und EU-Regelungen wo nötig zu vereinfachen. Er wies auch erneut auf die guten Erfahrungen und die Expertise des Landes bei den baden-württembergischen Strategiedialogen hin; diese will das Land auch gerne in die europäischen Strategiedialoge einbringen.

Am 5. Dezember 2024 eröffnete Staatssekretär Hassler eine Diskussionsveranstaltung im Rahmen des Wirtschaftsgipfels mit den Vertreterinnen und Vertretern der Vier Motoren für Europa zum Thema Transformation der Automobilwirtschaft und Strategien europäischer Regionen. In seiner Eröffnungsansprache unterstrich Staatssekretär Hassler die wirtschaftliche Bedeutung der Vier Motoren-Regionen Baden-Württemberg, Lombardei, Auvergne-Rhone-Alpes und Katalonien innerhalb der EU. Dennoch, so Staatssekretär Hassler bräuchten auch diese starken Regionen Unterstützung bei der Transformation. Konkret forderte Staatssekretär Hassler von der europäischen Ebene, (1.) dass industriestarke Transformationsregionen stärker bei der Förder- und Investitionspolitik berücksichtigt werden, (2.) dass das Wettbewerbs- und Beihilferecht wirtschaftsstarken Automobilregionen besser gerecht wird und (3.) dass die Forschungs- und Innovationspolitik gestärkt wird und einen Schwerpunkt auf strategische Investitionen setzt.

Am Rande des Wirtschaftsgipfels führte Staatssekretär Hassler noch weitere Gespräche auf Arbeitsebene mit Vertreterinnen und Vertretern der Kommission zum Thema Zukunft der Automobilwirtschaft.

Interreg Oberrhein

Der Begleitausschuss des Programms Interreg Oberrhein tagte am 12. November 2024 in Liestal (Schweiz). Im Rahmen der Sitzung wurde ein neues Projekt zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung genehmigt. Das Projekt „PAMINA Gesundheitsregion“, das vom Eurodistrict PAMINA getragen wird, hat eine Verbesserung des Nahversorgungsangebots für Patientinnen und Patienten ent-

lang der Grenze sowie eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Gesundheitsfachkräften zum Ziel. Es wird über vier Jahre mit insgesamt 550.000 Euro an EU-Mitteln gefördert. In dem Projekt werden die Verwaltungen örtlicher Krankenhäuser sowie die medizinischen Abteilungen und Krankenkassen gemeinsam daran arbeiten, neue Kooperationsvereinbarungen auf den Weg zu bringen. Ziel ist es, ein auch für Krisenfälle stärkeres Netzwerk aufzubauen.

IV. Entwicklungspolitik

Auch im 4. Quartal des Jahres 2024 standen die Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg, die UN-Agenda 2030 mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung sowie das Pariser Klimaabkommen im Mittelpunkt der entwicklungspolitischen Arbeit des Staatsministeriums.

Landespartnerschaft mit Burundi

Die AMAHORO! Jubiläumsfeier zur 40-jährigen Partnerschaft in Baden-Württemberg fand im Rahmen des traditionellen Benefizkonzerts der SEZ am 13. November 2024 im Neuen Schloss in Stuttgart statt. Die Feier unter der Schirmherrschaft von Astère Hatungimana, Vorsitzender der Burundischen Diaspora Deutschland (BDD), war im Besonderen dem unersetzlichen zivilgesellschaftlichen Engagement und den Engagierten in der Partnerschaft gewidmet. Insgesamt acht Partnerschaftsakteure aus Landtag, Zivilgesellschaft, Hochschule, Gesundheitswesen sowie Staatssekretär Rudi Hoogvliet zeichneten in Pop-up Statements ein lebendiges Bild der Partnerschaft.

In der Deutschen Botschaft in Bujumbura fand zeitgleich für burundische Partnerschaftsengagierte ein Jubiläumsevent unter Beteiligung von Außenminister Albert Shingiro statt. Als Vertreter des Burundi-Bündnisses Baden-Württemberg nahm REZ-Mitglied Steffen Müller, Geschäftsführer der GESTE-Stiftung, vor Ort mit einem Grußwort teil.

Das Wissenschaftliche Symposium „Burundi in East Africa: Opportunities and challenges“ am 18./19. November 2024 an der Universität Freiburg fokussierte sich mit dem Ziel der Entwicklung realistischer und pragmatisch sinnvoller Perspektiven der Zusammenarbeit auf folgende Themen: Aktuelle politische Situation, Koloniale Verantwortung und Restitution, Beziehungen zu Nachbarstaaten, deutsch-burundische Beziehungen und die Ostafrikanische Gemeinschaft (EAC).

Die Abendveranstaltung mit Staatssekretär Rudi Hoogvliet thematisierte Chancen und Herausforderungen von globalen Partnerschaften im Bereich der Hochschulen und der Zivilgesellschaft. Symposium und Abendveranstaltung fanden in hybridem Format anlässlich des 40. Jubiläums der Burundi-Partnerschaft statt und wurden vom

Africa Centre for Transregional Research (ACT), dem Arnold-Bergstraesser-Institut (ABI) und dem Hochschulnetzwerk für Globale Partnerschaften Baden-Württemberg (GloPart) organisiert.

Im Kontext mit dem Symposium in Freiburg fand vom 11. bis 15. November 2024 an der Universität Burundi (Bujumbura) eine Summer School zum Thema „1964-2024, the University of Burundi at the service of sustainable development and in view of achieving the agenda of Burundi, an emerging country in 2040 and developed in 2060“ statt, gefördert u.a. durch die GESTE Stiftung.

Nachbarkontinent Afrika

Am 9. Oktober 2024 fand das von der SEZ und Lead Africa International e.V. veranstaltete G-PAD Forum (Global Partnership for Africa Development) mit Beteiligung von Staatssekretär Rudi Hoogvliet in Kooperation mit der „hy-fcell – international Expo and Conference“-Messe der Landesmesse Stuttgart statt. Mit Vorträgen und Paneldiskussionen zum Thema „Unlocking Africa’s Renewable Energy Potential“ stellte es den afrikanischen Kontinent als Schlüsselakteur für erneuerbare Energien in den Mittelpunkt und bot eine Plattform für Networking mit Blick auf Kooperationen und Geschäftsmöglichkeiten.

Beim 2. Afrika Forum Baden-Württemberg am 26. Oktober 2024 in Ludwigsburg wurden unter dem Motto „#RewritingTheNarrative – Gemeinsam Zukunft gestalten“ die vielfältigen Potenziale und Chancen des afrikanischen Kontinents sowie seine wachsende Rolle in der Weltgemeinschaft diskutiert. Die Beteiligung vor allem junger Menschen aus der Afrodiaspora als zentrale Akteurinnen und Akteure sowie deren Beitrag zu Zukunftsfragen stand in besonderem Fokus auf der vom Forum der Kulturen Stuttgart e.V., der SEZ und dem neu gegründeten Panafrikanischen Rat Baden-Württemberg e.V. organisierten Veranstaltung.

Junges Engagement

Mit der Abschlussveranstaltung „Spot on Young Power“ feierte am 10. Oktober 2024 das Projekt „Mindchangers – Regions and Youth for Planet and People“ seine Erfolge und den Abschluss unter Beteiligung von Staatssekretär Rudi Hoogvliet und Staatssekretärin Sandra Boser im Neuen Schloss in Stuttgart. Vier Jahre lang ging es bei „Mindchangers“ zentral um die Stärkung junger Menschen und deren Engagement in den Bereichen Klimagerechtigkeit, Klimawandel und Migration. 22 Projekte wurden mit rund 840.000 Euro gefördert und zahlreiche Netzwerk- und Weiterbildungsaktivitäten wurden angeboten. „Mindchangers“ erreichte über 220.000 Personen allein in Baden-Württemberg. Das von der EU im Rahmen des DEAR-Programmes (Development Education and Awareness Raising Programme/Entwicklungspolitische Bildung

und Bewusstseinschärfung) zur Bewusstseinsbildung geförderte Vorhaben hatte ein Gesamtvolumen von 8,3 Millionen Euro und fand in sechs europäischen Regionen statt. Die im Herbst 2023 auf dem International Youth Meeting in Stuttgart von rund 100 Delegierten erarbeitete Mindchangers Youth Declaration sowie ein Praxisleitfaden für Kommunen und zivilgesellschaftliche Organisationen (PDF) sind für die Weiterarbeit besonders wertvoll.

Entwicklungspolitischer Dialog Welt:Bürger gefragt!

Am 11. Oktober 2024 fand die vierte Entwicklungspolitische Regionalkonferenz unter dem Titel „Ressourcengerechtigkeit: Lokal handeln – Global wirken“ unter Beteiligung von Staatssekretär Rudi Hoogvliet und Oberbürgermeister Martin Ansbacher sowie verschiedensten Vertretern aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und jungen Stipendiaten des Aicher-Scholl-Kollegs in Ulm statt. Organisiert von der regionalen Eine Welt-Regionalpromotorin diente sie als Plattform für die entwicklungspolitischen Akteure vor Ort für den Dialog mit Politik und Verwaltung über Anliegen, Vorhaben und Herausforderungen.

Am 25./26. November 2024 fand die jährliche Klausurtagung des Rats für Entwicklungszusammenarbeit (REZ) in Stuttgart statt. Im Rahmen dessen tauschte sich der REZ am zweiten Tag mit Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut MdL zum Thema „Rohstoffpolitik Baden-Württembergs mit Fokus globaler Ressourcengerechtigkeit“ aus. Im Fokus stand die Frage, wie und mit welchen Maßnahmen das Land zur Sicherstellung der Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards in globalen Rohstofflieferketten beitragen kann. Ressourcengerechtigkeit ist das entwicklungspolitische Jahresthema 2024/2025.